

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 27 / 7, Februar 1980

Willy Brandt MdB/MdEP,
Präsident der Sozialisti-
schen Internationale (SI)
und SPD-Vorsitzender, un-
terstreicht, daß die Wiener
Erklärung der SI-Partei-
vorsitzenden von Realismus
zeugt: Kein Blatt vor den
Mund genommen.

Seite 1/1a

Volker Hauff MdB, Bundes-
forschungsminister, for-
dert, die Chancen des tech-
nischen Wandels zu nutzen:
Modernisierung muß den Men-
schen dienen.

Seite 1b-3

Egon Bahr MdB, SPD-Bundes-
geschäftsführer, fragt nach
der Äußerung des Unions-
Kandidaten zur deutsch-
französischen Erklärung:
Alle töricht außer Strauß?

Seite 4

Dokumentation

Die Erklärung der SI-Par-
teiführerkonferenz in Wien.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 812-1

Kein Blatt vor den Mund genommen

Wiener Erklärung der SI-Partei-
vorsitzenden zeugt von Realismus

Von Willy Brandt MdB/MdEP
Präsident der Sozialistischen Internationale (SI)
und SPD-Vorsitzender

Die Vorsitzendenkonferenz der Sozialistischen Internationa-
le, die in der ersten Hälfte dieser Woche in Wien statt-
fand und auf der achtundzwanzig Parteien vertreten waren,
zeigte ein hohes Maß an Übereinstimmung. Die gemeinsam ver-
abschiedete Wiener Erklärung zeugt von Realismus: Man dach-
te nicht daran, den Ernst der internationalen Lage herunter-
zuspielen. Die Wiener Erklärung enthält aber auch eine
deutliche Absage an fatalistische Tendenzen: Es wird viel-
mehr deutlich gemacht, was in einer schwieriger geworde-
nen Lage geschehen sollte, um dem vitalen Interesse an
Friedenssicherung zum Durchbruch zu helfen.

Die internationalen Sozialdemokraten haben zum Thema Afgha-
nistan kein Blatt vor den Mund genommen. Sie haben mit
großer Sorge registriert, daß die Rüstungsspiralen weiter
nach oben gehen. Die Geiselnahme in Teheran wird ebenso
wenig ausgespart wie die Verletzung von Menschenrechten
in vielen Teilen der Welt. Die Konfliktherde nicht nur im
Mittleren, sondern auch im Nahen Osten, in Südostasien, im
südlichen Afrika, in Zentralamerika werden ausgeleuchtet.



Aber alle, die an den Wiener Beratungen teilnahmen, stimmten darin überein, daß das Mögliche getan werden muß, um Europa als eine Region mit relativer Stabilität zu erhalten. Deshalb wird empfohlen, keine Kontakte zu zerstören, keine Verhandlungen oder Konferenzen abzublasen, sondern neue Initiativen zu fördern, die der Konfliktbeherrschung und der sachlichen Zusammenarbeit über Blockgrenzen hinweg zu dienen vermögen. Hervorgehoben wird unter anderem die Vorbereitung der Madrider Konferenz Ende dieses Jahres.

Zum sozialdemokratischen Realismus gehört die Einsicht, wieviel für alle Völker davon abhängt, daß die beiden Supermächte weiter, wieder und neu verhandeln, vor allem natürlich über die Begrenzung nuklearer Zerstörungsmaschinen, nicht nur der interkontinentalen. Man ist in Wien übereingekommen, die vielfach vorhandenen Kontakte zu wichtigen politischen Kräften in den Dienst der eigenen friedenspolitischen Verantwortung zu stellen. Die Sozialistische Internationale will nicht die Rolle einer rhetorischen Großmacht spielen, aber sie will sich mit ihrem politisch-moralischen Gewicht auch nicht verstecken.

Es liegt nahe, daß die Sozialdemokraten es begrüßen, wenn mancherorts die Bereitschaft zunimmt, mit den Ländern der Dritten Welt zusammenzuarbeiten. In Wien ist deutlich gemacht worden, daß dies nicht machtpolitisch verfälscht werden darf, sondern auf eine grundlegende Neuordnung der internationalen Beziehungen abzielen muß. Hieraus ergibt sich auch, die Rolle der blockfreien Staaten neu zu würdigen und ihre friedenspolitische Rolle stärker in Rechnung zu stellen. (-/7.2.1980/hi/ca)



Modernisierung muß den Menschen dienen

Die Chancen des technischen Wandels sind zu nutzen

Von Dr. Volker Hauff MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Es gibt bei uns eine beginnende Diskussion über die Wünschbarkeit von neuen Technologien. Arbeitnehmer und Bürger artikulieren zunehmend Ängste vor neuen Technologien: beispielsweise vor der Kernenergie oder vor der Entwicklung von nuklear-militärischen Vernichtungswaffen oder vor der Orwellschen Vision des den durch die Datentechnik total verwalteten Menschen oder vor der Manipulation mit Genen und bei Arbeitnehmern Angst vor der breiten Anwendung der Mikroelektronik. Mir wird in diesem Zusammenhang oft der Vorwurf gemacht, durch die Benennung dieser Entwicklung Ansatzpunkte zu liefern für eine aufkommende Technikfeindlichkeit, die dann letztlich nur dazu führen kann, unsere wirtschaftlichen Grundlagen zu zerstören. Ich kann nur davor warnen, die Technikdiskussion nach dem Motto zu führen: Das technisch Machbare sei auch immer gleichzusetzen mit dem gesellschaftlich Wünschbaren.

Nehmen wir die Diskussion um die Mikroelektronik. Durch den breiten Einsatz der Mikroelektronik ergeben sich völlig neue Möglichkeiten eines rationellen, sparsamen und verantwortlichen Umgangs mit knappen Rohstoffen, Energie und Umwelt. Die Mikroelektronik ist dazu eine chancenreiche Technologie, denn sie eröffnet uns die Möglichkeit bei Rohstoff, Energie und Umwelt Engpässe zu überwinden und den Produktionsstandort Bundesrepublik international wettbewerbsfähig zu halten. Sie ist aber gleichzeitig eine riskoreiche Technologie, die Arbeitsplätze verändert, berufliche Qualifikationen wertlos macht, ganze Berufe verschwinden läßt und so die teilweise bestehende Unsicherheit bestärkt.

Die Geschwindigkeit, mit der neue Technologien traditionelle Arbeits- und Produktionsstrukturen verändern, das ist heute der Faktor, der Angst macht, da die Menschen in ihrer Lernfähigkeit und in ihrer Anpassungsmöglichkeit unter humanen



Bedingungen nicht mehr mitkommen. Früher war der Übergang von einer traditionellen Technik zu einer neuen Technik insgesamt eine Entwicklung, die über mehrere Jahrzehnte lief. Die Manufaktur stand neben dem Industriebetrieb; beide konnten mit unterschiedlicher Technik und Arbeitsstrukturen einige Jahrzehnte nebeneinander existieren. Heute kann mit einer neuen Technologie innerhalb eines Jahrzehnts eine ganze Branche verschwinden. Wir haben das in der Uhrenindustrie durch staatliche Unterstützung aufhalten können. Ich bin der Meinung, wenn heute neue Technologien ganze Branchen gefährden können, dann darf auch der Staat diese Entwicklung nicht treiben lassen, er darf sie nicht alleine den Tarifvertragsparteien überlassen und aufbürden. Er muß gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft nach Lösungen suchen, um den Rahmen abzustecken, in dem neue Technologien und damit die Modernisierung der Volkswirtschaft sich in sozialen Fortschritt umsetzen lassen, in einen Fortschritt, den auch der einzelne Arbeitnehmer am Arbeitsplatz erfährt.

Die Modernisierung unserer Volkswirtschaft weist der Forschungs- und Technologiepolitik daher eine wichtige Aufgabe zu. Denn es ist für die Zukunft notwendiger denn je, die Chancen des technischen Wandels zu nutzen, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Risiken für die Menschen. Aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung können wir uns nicht lösen und sind gezwungen unsere Produktpalette an die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Die notwendige Konsequenz daraus heißt, daß wir Neues anbieten müssen. Und das können bei unserer gegenwärtigen Produktionsstruktur nur humankapitalintensive, technologisch entwickelte Produkte sein. Beispielsweise fördern wir das Auto der Zukunft, indem wir durch neue Technologien Energie einsparen. Das heißt für diesen Bereich durch Karosseriegestaltung, durch bessere Motoren, geringeres Gewicht, niedrigere Rollreibungs- und Luftwiderstandswerte ergeben sich Einsparmöglichkeiten. Die Kombination von elektronischer Einspritzung und Computerzündung ermöglicht gegenüber konventionellen Systemen eine je nach Fahrbetrieb um fünf bis 20 Prozent verbesserte Kraftstoffnutzung. Die Mikroelektronik ermöglicht weitere Entwicklungen: Zu denken ist etwa an eine "Klopffregelung", an die Entwicklung eines elektronisch gesteuerten Ventiltriebs, an die Entwicklung einer Hubraumverstellung zur Vermeidung der Drosselverluste oder die Entwicklung eines "elektronischen Gaspedals".

Ich bin optimistisch, daß es uns in der Bundesrepublik Deutschland gelingen wird, das Auto an die veränderten Bedingungen der Weltwirtschaft anzupassen. Ein solcher Innovationsschub wird der Automobilindustrie langfristig ihren Platz in unserer Wirtschaft sichern.

Es gibt für mich keine Alternative zu neuen technischen Entwicklungen, auch wenn diese Techniken mit der Gefahr von Arbeitsplatzverlusten und mit Veränderungen in vielen Lebensbereichen verbunden ist. Dies ist Vielen bei der Diskussion um die Mikroelektronik besonders deutlich geworden. Die Mikroelektronik als eine neue Technologie schafft die Voraussetzung für zusätzliche Produktivitätssteigerungen. Ein wettbewerbsfähiger Maschinenbau ist etwa ohne Mikroelektronik in Zukunft nicht mehr denkbar. Die Mikroelektronik führt mit zu vielfältigen Produktinnovationen, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Hier haben wir die Chance für ein verstärktes qualitatives Wachstum.

Modernisierung der Volkswirtschaft bedeutet unter den aktuellen Bedingungen eine Anpassung an die radikalen Veränderungen im Energiebereich. Wir gehen dabei davon aus, daß die Energieversorgungsstruktur des Jahres 2000 grundlegend verschieden sein wird von der heutigen Situation.

Es muß allen klar sein, daß wir es uns heute, angesichts der Daten zur Energiesituation des kommenden Jahrzehnts, nicht leisten können, notwendige tiefgreifende strukturelle Veränderungen zu verschieben, um auf "bessere Zeiten" zu warten. In diesem Feld kann niemand warten, denn auch abwarten heißt große Risiken auf sich nehmen. Sicher ist nur, daß es keine Energiepolitik ohne Risiko gibt: Nicht beim Öl, nicht beim Gas, nicht bei der Kohle, erst recht nicht bei den alternativen Energiequellen - so wichtig sie auch für die Zukunft sein werden -, und auch nicht bei der Kernenergie. Und da keiner heute mit Sicher-



heit sagen kann, wie sich die nationale und internationale Lage vom Bedarf her entwickelt, da keiner genau sagen kann, welche Energieträger in welchem Umfang wirklich in zehn Jahren zur Verfügung stehen, da niemand weiß, wie - das heißt, wie nachhaltig und wie schnell - die Menschen ihr Verhalten in Bezug auf die Nutzung der Energie verändern, sehen wir keine Möglichkeit, auf einen bestimmten Energieträger zu verzichten.

Wir sehen auch sehr klar, daß es keine Alternativen gibt zu einer konsequenten Energiesparpolitik, die die Risiken der Energieversorgung mindert. Denn wir können den Menschen nicht sagen, mit dem Risiko des CAU in der Kernenergie müssen sie rechnen, aber stromverbrauchsanziehende Tarife werden nicht abgeschafft. Oder das Weltklima könnte sich durch das CO₂-Problem verändern, aber Abwärmenutzung und Wärmekraftkopplung bitte erst im nächsten Jahrtausend. Oder ein Ölkrieg ist nicht auszuschließen, aber verbesserte Wärmedämmstandards belasten Mieter und Vermieter. Es könnte der Eindruck entstehen, die Energieperspektiven wären düster und Gestaltungsmöglichkeiten sind kaum noch vorhanden. Gerade die Forschungs- und Technologiepolitik im nichtnuklearen Bereich hat gezeigt, daß der Einsatz neuer Technologien und neuer Energiequellen in vollem Gange ist. Wir fördern mit großem Erfolg Maßnahmen und Techniken zur besseren Wärmedämmung, Wärmepumpen, Solaranlagen, Wärmerückgewinnung, Verbesserung der Wirkungsgrade stromverbrauchender Geräte, alternativer Kraftstoffe, energiesparende Motorkonzepte, Ausbau der Fernwärme, die Entwicklung neuer Industrieöfen auf Kohlebasis, neue Kohletechnologien zur Verflüssigung und Vergasung

Die breite Palette von Maßnahmen zeigt, wie ernst die Bundesregierung das Ziel sparsame und rationelle Energieverwendung angeht. Allein für Forschungs- und Entwicklungsausgaben im nichtnuklearen Bereich zum nuklearen Bereich hat sich das Verhältnis von 1:80 1972 auf 1:2 1980 verändert. Rechnet man alle Aufwendungen, Investitionshilfen, Kohlehilfen unter anderem zusammen, so werden heute sechsmal soviel Mittel für nichtnukleare Energieträger aufgewandt als wie für die Kernenergie. Alleine das Bundesministerium für Forschung und Technologie wird bis 1983 fast zehn Milliarden DM für Energieforschung und Energietechnik aufwenden.

Aber neue Energietechnologien zum Durchbruch zu bringen, energieverorgungspolitisch wirksam werden zu lassen, kostet Zeit. Ein Beispiel: Eine Anlage zur Warmwasserbereitung durch Solarenergie kostet für ein Einfamilienhaus cirka 10.000 DM. Das spart jährlich cirka 8000 Liter Öl. In Baden-Württemberg gibt es gegenwärtig 1.200 solcher Anlagen. Man braucht cirka 125.000 Einfamilienhäuser, um ein Prozent des Öls in Baden-Württemberg einzusparen.

Rationelle und sparsame Energieverwendung schafft langfristig Entspannung an den Energiemärkten, vor allem bei Öl, und es schafft neue zukunftssichere Arbeitsplätze durch neue Energietechnologien. Hier liegen allein 300.000 potentielle neue Arbeitsplätze. Dies ist ein wesentliches Element einer Modernisierung der Volkswirtschaft.

Modernisierung muß letztlich den Menschen dienen, es ist unabdingbar, daß die notwendigen Neuerungsmaßnahmen nicht zu Lasten der arbeitenden Menschen durchgeführt werden. Für mich zählt eine betriebliche Organisationsumstellung, durch die der Betriebsablauf menschengerechter gestaltet und die Möglichkeit für die in dem Betrieb Tätigen zu einer befriedigenden Arbeit erweitert wird, ebenso zur Modernisierung der Volkswirtschaft, wie die Einführung eines neuen Verfahrens, das die Produktion international wettbewerbsfähig hält. Beides sind übrigens Maßnahmen, die nicht notwendig im Konflikt stehen müssen. Das Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens bleibt daher auch in Zukunft ein zentraler Baustein in unserer Konzeption zur Modernisierung der Volkswirtschaft. Dies kommt schon in dem überproportionalen Wachstum der Ausgaben für die Humanisierung des Arbeitslebens zum Ausdruck, wie wir es für die kommenden Jahre vorgesehen haben.

(-/ 7.2.1980/h1/ca)



Alle töricht außer Strauß ? -----

Der Kandidat muß in Paris den Gastgebern eine Antwort geben

Von Egon Bahr MdB

SPD-Bundesgeschäftsführer

Die gemeinsame Erklärung von Frankreichs Präsident Guiscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt ist ein politisches Ereignis von Rang, dessen Wirkung weit über Europa hinausreicht. Die sorgfältigen und abgewogenen Formulierungen markieren exakt die Haltung, die angesichts der außenpolitischen Turbulenzen möglich und geboten ist: Festigkeit ohne Sturheit. Von den deutsch-französischen Gesprächen ist ein europäisches Signal ausgegangen, das den Ausgangspunkt aus der gegenwärtigen Krise bilden könnte, jedenfalls aber beitragen kann, eine Ausweitung der Krise zu vermeiden.

Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, der die Chance eröffnet, gemeinsame europäische Verantwortung aktiv wahrzunehmen.

Nur einer ist trotz aller Anstrengungen der letzten Wochen unversehens wieder in außenpolitischer Vereinsamung gelandet: der Kandidat Franz Josef Strauß. Er hatte gemeint, der französische Staatspräsident und der deutsche Bundeskanzler seien mit ihrer Erklärung "bis an die Grenze des Törichten" gegangen. Das ist nun wirklich nicht nur innenpolitisch töricht. Man darf gespannt sein, mit welcher Kraft Strauß bei seinem angekündigten Besuch in Paris seinen Gesprächspartnern in der Regierung darlegen wird, wie töricht sie sind.

Die Isolierung des Kanzlerkandidaten wird besonders augenfällig durch die positiven Stellungnahmen der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft, gerade auch des britischen Außenministers. Hier sind offenbar alle töricht außer Strauß.

Strauß hat jedenfalls deutlich gemacht: Er bleibt er. Der in die staatsmännische Toga Gehüllte hat wieder einmal kräftig daneben getreten. (-/27.2.1980/vb-he/ca)



D O K U M E N T A T I O NSI weiter für die Entspannung

Die Erklärung der Parteiführerkonferenz der Internationale in Wien

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen am Beginn des neuen Jahrzehnts gibt Anlaß zu großer Sorge. Auf Gebieten von entscheidender Wichtigkeit ist eine Neigung zur Konfrontation an die Stelle des Willens zu friedlicher Zusammenarbeit getreten. Die Politik der Entspannung zwischen den Großmächten und in Europa ist in Gefahr. Eine weitere Beschleunigung des Wettrüstens ist eingetreten. Die Nord-Süd-Beziehungen sind zunehmenden Spannungen unterworfen.

Die sowjetische Militärintervention in Afghanistan hat das Völkerrecht ebenso wie die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht dieses Landes verletzt.

Die Sozialistische Internationale verurteilt die Intervention der Sowjetstreitkräfte in Afghanistan und fördert die Sowjetunion auf, alle ihre Truppen aus diesem Land zurück-zuziehen.

Die Politik der Entspannung und die Suche nach Harmonisierung unterschiedlicher Interessen, die vor mehr als einem Jahrzehnt begonnen hat, hat zu signifikanten Resultaten geführt, die im Alltagsleben vieler Menschen bemerkbar sind, obwohl sich dieser Prozeß hauptsächlich auf Europa und die Weltmächte beschränkt. Es liegt im Interesse nicht nur einer Seite, sondern im Nutzen aller Betroffenen, daß die Spannungen zwischen Ost und West vermindert werden und die Zusammenarbeit ausgeweitet wird.

Dieser Entspannungsprozeß hat sich allmählich verschlechtert. Das hat sich deutlich bei den neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der Mittelstreckenkerntwaffen gezeigt.

Die negative Entwicklung wurde durch die Tatsache noch bedenklicher, daß der SALT-II-Vertrag durch die USA noch nicht ratifiziert worden ist.

Die Errungenschaften der Entspannung dürfen nicht gefährdet werden. Eine Rückkehr zum Kalten Krieg würde die Welt an den Rand einer Katastrophe bringen.

Es scheint, daß die Welt in Gefahr ist, sich selbst zu Tode zu rüsten. Es ist unerlässlich, daß konzentrierte Anstrengungen gemacht werden, die interkontinentalen ebenso wie die Mittelstreckenkerntwaffen in bezug auf Anzahl und qualitative Ausstattung zu begrenzen, um ein Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau zu erzielen.

Falls die in der Vergangenheit angewendeten Mittel sich nicht länger als fruchtbar für Verhandlungen erweisen, müssen so rasch wie möglich neue Wege erwogen werden. In diesem Zusammenhang müssen in der Vergangenheit eingegangene Verpflichtungen genau erfüllt werden.

Ereignisse in Asien sind eine weitere dringende Mahnung, daß die Beziehungen zwischen Nord und Süd endlich auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen. Das Schicksal der Dritten Welt sollte nicht länger durch strategische Überlegungen der Machtpolitik der Supermächte oder der Blöcke bestimmt werden, sondern auf dem Konzept einer neuen Weltwirtschaftsordnung beruhen.

Dieses Konzept sollte alle Anstrengungen inspirieren, die unternommen werden, um den Ausbruch neuer Konflikte zu verhindern, die zu weitverbreiteten "Feuersbrünsten" führen könnten. Neue Anstrengungen sollten in bezug auf Nahost ebenso wie auf Südostasien, Südafrika und Mittelamerika gemacht werden.



Der Kampf für Menschenrechte wird auf allen Kontinenten mit großem Mut und Aufopferung geführt.

In Lateinamerika haben viele demokratische Sozialisten in diesem Kampf ihr Leben verloren. In der UdSSR ist die fortwährende Belästigung von Andrej Sacharow ein klares Beispiel für die dauernde Verfolgung derjenigen, die in kommunistischen Ländern abweichende Meinungen ausdrücken.

Die Sozialistische Internationale ist über die gefährliche Aufschaukelung der Spannung, die Verstärkung des Rüstungswettlaufes und die Rivalität der Großmächte und die wachsende Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen tief besorgt.

Jüngste Entwicklungen haben die Überzeugung demokratischer Sozialisten nur verstärkt, daß es keine vernünftige Alternative zur Entspannung gibt. Ein Nachlassen der Spannungen, der Austausch von Informationen und Ansichten, die friedliche Regelung internationaler Streitfälle und aktive Zusammenarbeit sind nötig, um die Beschleunigung des Rüstungswettlaufes zu verhindern und eine weltweite soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten.

Besonders in Zeiten zunehmender Spannungen und aufsteigender Krisen wie die gegenwärtige, sind Kontakte unerlässlich, falls das Mißtrauen vermindert, Konfusion beseitigt und Sicherheit geschaffen werden soll.

Im Interesse des Friedens und um die Entspannung zu bewahren und zu sichern, betrachtet die Sozialistische Internationale daher als wesentlich,

- o daß alle Gelegenheiten für bilateralen und multinationalen Dialog ergriffen werden;
- o daß die UdSSR ihre Truppen aus Afghanistan zurückzieht;
- o daß die Vorbereitungen für das zweite Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki), das im Spätherbst dieses Jahres in Madrid stattfinden soll, fortgesetzt werden;
- o daß die Anregung der UdSSR für eine europäische Energiekonferenz so bald wie möglich geprüft wird;
- o daß neue Gelegenheiten gefunden werden, um über einen Stopp der Stationierung von neuen Kernwaffen in Europa zu verhandeln;
- o daß die Wiener Truppenabbaugespräche mit größerer Dringlichkeit geführt werden;
- o daß alle Anstrengungen gemacht werden, um Verhandlungen über SALT III so bald wie möglich zu beginnen.

Die Sozialistische Internationale fordert die Freilassung der Geiseln in der US-Botschaft in Teheran und glaubt, daß dies im besten Interesse des iranischen Volkes und der internationalen Zusammenarbeit sein würde.

Die Sozialistische Internationale wird wachsenden Nachdruck auf Ihre Kontakte mit der Blockfreienbewegung legen.

Die Sozialistische Internationale wünscht eine aktive Rolle bei der Förderung eines sinnvollen Dialogs zu spielen, weil die Zukunft der Entspannung auf dem Spiel steht. Die Mitgliedsparteien sollten alle ihre Möglichkeiten zu Kontakten nützen, um eine Politik für die Fortsetzung der Entspannung, für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR und für die Erreichung konkreter Resultate bei den Verhandlungen über Waffenkontrolle und Abrüstung zu fördern und zu unterstützen.

Der Präsident und die Vizepräsidenten (der Sozialistischen Internationale) sollen die Entwicklung dieser Kontakte prüfen und über neue Initiativen im Sinne der in dieser Konferenz vereinbarten Richtlinien beraten.

(-/7.2.1980/ks/ca)

